**…………………………………….**

**…………………………………….**

**……………………………………..** Datum: ………………….

**Name(n) und Anschrift(en) der(s) Bauwerber(s)**

 Tel. Nr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Mail-Adresse: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

**An die**

**Baubehörde I. Instanz**

**p.a. Gemeindeamt Kittsee**

**Hauptplatz 11**

**2421 Kittsee**

 Verwaltungsabgabe: **€ 24,30 /** JPNr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

**F E R T I G S T E L L U N G S A N Z E I G E**

**gem. § 27 Bgld BauG 1997 i.d.g.F.**

Die Baubehörde der Gemeinde **Kittsee** hat mir/uns am ……………………………………….…………., unter Zahl ……………….…………………………..….………., die baubehördliche Baubewilligung zur Durchführung folgenden(r) Bauvorhaben(s) erteilt:

**Errichtung: …...……………………………………………………………………………………………………
 ………………………………………………………………………………………………………...**

**auf Grdstk. Nr. ……………., EZ ……………………. GB 30212 Kittsee**

**Ich/Wir zeige(n) die Fertigstellung dieses Bauvorhabens mit ………………………an.**

Nur bei Fertigstellung von Gebäuden oder Bauabschnitten von Gebäuden:

 🞏 **Schlussüberprüfungsprotokoll** befugten Fachkraft oder eines bautechnischen Sachverständigen (natürliche Person), die an der Ausführung des Gebäudes nicht beteiligt gewesen sein darf, in dem dieser mit seiner Unterschrift die bewilligungsgemäße Ausführung des Gebäudes/Bauabschnittes bestätigt.

 🞏 **Einmessplan oder Kostenübernahmeerklärung** durch den Bauwerber für die Einmessung des Gebäudes (bei Neu- oder Zubauten ab einer Größe von 20 m²)

 🞏 Folgende weitere, durch Auflagen oder Bedingungen vorgeschriebene Befunde:

 🞏 …………………………………………………………………………………………………………………

 🞏 …………………………………………………………………………………………………………………

**Bitte beachten Sie**, dass das Gebäude oder der betreffende Bauanschnitt vor Erstattung eines positiven Schlussüberprüfungsprotokolles durch eine befugte Fachkraft oder eines bautechnischen Sachverständigen (das ist eine natürliche Person, die an der Ausführung des Gebäudes nicht beteiligt gewesen sein darf) nicht benützt werden darf und dass Sie als Bauwerber **für die Einhaltung dieser Verpflichtung gem. §27 Abs. 5 BauG Verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich sind. Ist das Schlussüberprüfungsprotokoll nicht vollständig belegt, gilt es als nicht erstattet.**

**. . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . ..**

**Unterschrift(en)**

Der Gesetzestext lautet:

**§27**

**Fertigstellungsanzeige, Schlussüberprüfung**

1. Der Bauwerber hat die Fertigstellung eines Bauwerkes oder eines Bauabschnittes mit zumindest einer Wohnung oder Nutzungseinheit anzuzeigen.
2. Bei Gebäuden ist der Fertigstellungsanzeige ein Schlussüberprüfungsprotokoll einer gewerberechtlich oder nach dem Ziviltechnikergesetz befugten Fachkraft, eines gerichtlich oder von der Gemeinde beeideten Bausachverständigen oder eines Amtssachverständigen, die an der Ausführung des Gebäudes nicht beteiligt gewesen sein darf, anzuschließen, in dem diese mit ihrer Unterschrift die bewilligungsgemäße Ausführung des gesamten Bauvorhabens oder des betreffenden Bauabschnittes bestätigt. Weiters sind erforderlichenfalls durch Auflagen oder Bedingungen vorgeschriebene Befunde anzuschließen.
3. Bei der Neuerrichtung eines Gebäudes oder bei Zubauten ist jeweils ab einer Größe von 20 m² der Fertigstellungsanzeige ein von einer hiezu berechtigten Person verfasster Plan über die genaue Lage des Gebäudes entsprechend der Vermessungsverordnung 2010, BGBl. II Nr. 115, in der Fassung BGBl. II Nr. 241/2010, vorzulegen, es sei denn, dass sich der Bauwerber verpflichtet, die auf ihn entfallenden anteiligen Kosten einer von der Gemeinde durchgeführten oder veranlassten Vermessung aller in einem bestimmten Zeitraum neu errichteten Gebäude zu übernehmen. Die Vermessungsdaten sind von der Baubehörde dem zuständigen Vermessungsamt bekanntzugeben.
4. Liegen Mängel oder wesentliche Abweichungen von der Baubewilligung oder Baufreigabe vor (§ 26), hat die die Schlussüberprüfung vornehmende Person die Baubehörde zu verständigen.
5. Vor Erstattung eines positiven Schlussüberprüfungsprotokolls darf das Gebäude oder der betreffende Bauabschnitt nicht benützt werden. Für die Einhaltung dieser Verpflichtung ist der Bauwerber verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich. Ist das Schlussüberprüfungsprotokoll nicht vollständig belegt, gilt es als nicht erstattet.